

KlubNews



Folge uns
auf Facebook
und Instagram
für Einblicke in
die Landtags-
arbeit

Notarztschließung? Keine Option!

SPÖ NÖ kämpft auf allen Ebenen
gegen Struktur-Verschlechterungen.
Landtagsklub brachte mehrere Anträge ein.

Notruf Niederösterreich
und Land vereinbaren
großen Servicevertrag

Landesrätin Eva Prischl freut sich
über Servicevertrag mit Notruf NÖ

**Unsere SPÖ-
Landtagsabgeordneten**
im Porträt

Landtagsabgeordneter und Ternitzer
Bürgermeister Christian Samwald

Unsere Bundesräte
setzen sich im
Parlament ein

Bundesrat debattiert erneut die
Einführung einer Reichensteuer

Pflegebonus bis 2028 absichern!

**Pflegekräfte verdienen
Sicherheit, angemessene
Bezahlung und Wertschätzung**



KLUBBLICKE

VON KLUBOBMANN LABG. HANNES WENINGER

Was uns bewegt, was wir bewegen



„Niederösterreich muss wirtschaftlich stärker, sozial gerechter und gesellschaftspolitisch liberaler werden.“

Ein Jahr nach dem Startschuss wurde unser NÖ-Plan am Landesparteitag der SPÖ Niederösterreich in Vösendorf als Leitantrag einstimmig beschlossen. Damit haben wir als Landtagsklub die inhaltliche Vorarbeit für die Programmatik der kommenden Jahre geliefert und die Eckpunkte sozialdemokratischer Landespolitik auf den Punkt gebracht. Ziel ist es: Niederösterreich muss wirtschaftlich stärker, sozial gerechter und gesellschaftspolitisch liberaler werden.

Strukturverbesserungen & Sicherheit

Dass unser Gesundheits- und Pflegesystem umfassender und zukunftsorientierter Reformen bedarf, ist unbestritten. Ausgehend vom Bekenntnis zu einem leistungsfähigen, öffentlichen, solidarischen Gesundheitssystem müssen die falschen Weichenstellungen der letzten Jahre in Bund und Land umfangreich korrigiert und im PatientInnen-Sinn neu aufgestellt werden. Für uns ist klar: Strukturveränderungen sind notwendig, müssen aber Punkt für Punkt zu einer Verbesserung der Versorgungssicherheit führen. So ist es im NÖ Gesundheitsplan 2040+ vereinbart - und das muss eingehalten werden!

Mit freundschaftlichen Grüßen

LAbg. Hannes Weninger
Clubobmann

VOR- GESCHMACK

auf diese Ausgabe



KEINE SCHLIESSUNGEN

Notarztstützpunkte dürfen nicht ohne gleichwertigen Ersatz gestrichen werden



NOTRUF NÖ

Großer Servicevertrag mit dem Land



UNSERE ABGEORDNETEN

In dieser Ausgabe:
Christian Samwald

IMPRESSUM

Medieninhaber & Herausgeber: Klub der Sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs (SPÖ-Klub NÖ), Landhausplatz 1, 3100 St. Pölten, Tel.: +43 (0) 2742 90 05-121 10, E-Mail: spklub-noe@spoe.at. Für den Inhalt verantwortlich: Clubobmann Hannes Weninger. Fotocredits: SPÖ-Klub NÖ, Adobe Stock, Toni Heinzl, Werner Jäger, privat, SPÖ NÖ, ZVG. Vollständiges Impressum & Offenlegung gemäß §§ 24, 25 Mediengesetz und Anbieterinformation nach § 5 ECG abrufbar unter <https://klub-noe.spoe.at/impressum>

Bei Notarzt-Stützpunkten gibt es keinen Spielraum

Flächendeckende Gesundheitsversorgung ist nicht zu verhandeln



Die Diskussion um die Zukunft der Notarztversorgung in Niederösterreich spitzt sich weiter zu. Vor allem in den betroffenen Regionen herrscht die Sorge, dass wichtige Strukturen abgebaut werden könnten, bevor gleichwertige Alternativen tatsächlich bereitstehen. Kritik kommt dabei nicht nur aus der Politik, sondern zunehmend auch von Ärztinnen und Ärzten sowie aus dem Gesundheitsbereich selbst.

„Die Sicherheit der Bevölkerung steht über jeder Strukturreform!“

LANDESPARTEIVORSITZENDER
LANDESRAT SVEN HERGOVICH

VERSORGUNG MUSS GESICHERT SEIN

Für die SPÖ Niederösterreich ist die Linie klar: Veränderungen im Rettungs- und Notfallsystem dürfen nur dann umgesetzt werden, wenn die Versorgung der Bevölkerung mindestens auf gleichem Niveau abgesichert ist. „Wer an der notärztlichen Versorgung rüttelt, gefährdet das Vertrauen der Menschen, dass der Staat funktioniert und sie sich auf Niederösterreich verlassen können“, warnt SPÖ-Landesparteivorsitzender Sven Hergovich. Die Debatte entzündet sich vor allem an der Frage, ob einzelne Notarztstandorte geschlossen oder verändert werden könnten, obwohl zentrale Voraussetzungen des Gesundheitsplans 2040+ noch nicht vollständig umgesetzt sind. Für die SPÖ wäre das ein klarer Bruch jener Vereinbarungen, auf deren Basis der Gesundheitspakt beschlossen wurde. „Gesundheit ist die Grundlage für Lebensqualität und Sicherheit. Gerade deshalb dürfen wir bei der Notfallversorgung keine Experimente machen. Die Sicherheit der Bevölkerung steht über jeder Strukturreform“, betont Hergovich.

ANTRAG ZUM PARTEITAG

Der Landtagsklub brachte deshalb auch einen Antrag zum Landesparteitag ein. Die Forderung: Alle bestehenden Notarztstützpunkte müssen so lange erhalten bleiben, bis ein mindestens gleichwertiger Ersatz tatsächlich umgesetzt und erfolgreich evaluiert wurde. „Bis heute sind zahlreiche Fragen offen. Es fehlt insbesondere an der flächendeckenden Erst- und Akutversorgung an allen Spitalsstandorten, an klaren Antworten zur Finanzierung und an belastbaren Nachweisen, dass die Versorgung nach den geplanten Änderungen tatsächlich gleich gut oder besser wäre“, so Klubobmann Hannes Weninger.

SPÖ SETZT VEREINBARTES UM

Zwar seien viele Maßnahmen des Gesundheitsplans bereits angelaufen. „Viele der dafür notwendigen Maßnahmen sind bereits auf Schiene. In einzelnen Bereichen werden die Ziele sogar früher als geplant erreicht“, berichtet das Ressort von Landesrätin Eva Prischl. Besonders die Rettungsorganisationen haben bei der Ausbildung hochqualifizierter Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter große Fortschritte erzielt. Hervor-

gehoben wird dabei vor allem die zusätzliche Kompetenz „Venzugang und Infusion“, die vielerorts bereits schneller verfügbar sei, als ursprünglich vorgesehen.

ALLE MÜSSEN MITSPIELEN

Für die SPÖ zeigt das, dass Reformen möglich sind – allerdings nur dann, wenn sie geordnet umgesetzt und ausreichend finanziert werden. Genau hier ortet die Partei derzeit aber massive Probleme. „Derzeit ist die Finanzierung wesentlicher Maßnahmen noch ungeklärt. Die Verschiebung bedeutet vor allem eines: Sicherheit vor Tempo“, betont Landesrätin Eva Prischl. Solange diese Fragen offen seien, dürfe es keine Schließungen von Notarztstandorten geben. Auch SPÖ-Gesundheitssprecherin Karin Scheele erinnert in diesem Zusammenhang an die ursprünglichen Vereinbarungen des Gesundheitspakts: „Es darf nichts geschlossen werden, bevor funktionierende Lösungen geschaffen wurden.“ Besonders kritisch sei die Situation in den Kliniken. „Man kann keine Notarztstützpunkte abbauen, solange die 24/7-Akutversorgung nicht dauerhaft an allen Standorten abgesichert ist“, so Scheele. Dass ÖVP und FPÖ einen entsprechenden SPÖ-Antrag im Landtag abgelehnt haben, sei „ein völlig falsches Signal“.

ZUSTÄNDIGKEITS-LÜGE STOPPEN

Scharfe Kritik kommt auch von SPÖ-Klubobmann Hannes Weninger, der der schwarz-blauen Landesregierung vorwirft, Verantwortung abzuschieben. „ÖVP und FPÖ erzählen derzeit bei jeder Gelegenheit, allein SPÖ-Landesrätin Eva Prischl sei für die Notarzt-Thematik verantwortlich. Diese Ausrede können sie sich aufzeichnen“, erklärt Weninger. Dabei liegt die Verantwortung laut SPÖ klar auf mehrere Ressorts verteilt. Weninger verweist darauf, dass Finanz- und Spitalslandesrat Anton Kasser unter anderem für Finanzierung, Erst- und Akutversorgung sowie die strukturierten Bedingungen der Notarztzubereitung verantwortlich sei. FPÖ-Landesrat Martin Antauer trage als Vorsitzender des NÖGUS Verantwortung für Finanzierung und Ausbau mobiler Pflege- und Notfallteams. „Während SPÖ-Landesrätin Eva Prischl und die Rettungsorganisationen ihre zugesagten Maßnahmen rasch umgesetzt haben, haben die zuständigen ÖVP- und FPÖ-Landesräte bislang nichts auf den Weg gebracht“, kritisiert Weninger.

**Schluss
mit den
Zuständigkeits-
Ausreden!**

BEI GESUNDHEITSVERSORGUNG GIBT ES KEINE KOMPROMISSE

Für die SPÖ bleibt die Position daher unverändert. „Deshalb wird es mit der SPÖ NÖ keine Schließung von Notarztstandorten geben“, betont Weninger. Auch Hergovich kündigt politischen Widerstand gegen mögliche Einsparungen im Gesundheitssystem an. Er fordert ein nachvollziehbares Ampelsystem für die Umsetzung: „Rot bedeutet: keine Änderungen ohne gesetzliche Grundlage, ausreichend Personal und erprobte Strukturen. Gelb bedeutet Pilotbetrieb unter strengen Sicherheitsauflagen. Grün gibt es erst dann, wenn Verbesserungen nachgewiesen und wissenschaftlich bestätigt sind.“ Darüber hinaus spricht sich die SPÖ für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich aus. „Die medizinische Versorgung der Menschen endet nicht an Landesgrenzen. Wer die Gesundheitsversorgung langfristig absichern will, muss Kapazitäten gemeinsam planen und nutzen“, so Hergovich. Für die SPÖ bleibt die Position unverändert: „Die SPÖ Niederösterreich wird sich entschlossen und auf allen Ebenen gegen jede Verschlechterung der notärztlichen Versorgung stellen.“ Denn für die SPÖ steht fest: Vertrauen in das Gesundheitssystem entsteht nur dort, wo Versorgungssicherheit tatsächlich garantiert werden kann.



NICHT MIT UNS!
Landesrätin Eva Prischl, Landesparteiobmann Landesrat Sven Hergovich und Landtagsabgeordnete Karin Scheele (v.l.) stehen geschlossen für die SPÖ-Forderungen: keine Schließung ohne Ersatz, Zusammenarbeit über Landesgrenzen und Einhaltung des Gesundheitspaktes



Unsere Bundesräte berichten:

Unsere Bundesratsfraktion beschäftigt sich mit wichtigem Gedenken, Digitalisierung, Reichensteuer und mehr

Eine breite Themenpalette prägte die jüngsten Sitzungen des Bundesrates. Von der Erinnerungskultur über Digitalisierung bis hin zu leistbarem Wohnen und Pflege standen zentrale gesellschaftspolitische Fragen auf der Tagesordnung.

Erinnern & Verantwortung

Den Auftakt bildete die Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Für SPÖ-Fraktionsvorsitzenden Christian Fischer ist das Erinnern ein unverzichtbarer Auftrag: „Demokratie, Menschenrechte und Zusammenhalt sind keine Selbstverständlichkeiten. Gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung müssen wir Haltung zeigen und entschieden gegen Hass, Ausgrenzung und Rassismus auftreten.“

Digitalisierung für alle

Im Rahmen einer Enquete

des Bundesrates zum Thema „Starke Regionen: Digital. Engagiert. Zukunftsorientiert.“ diskutierten Expertinnen und Experten über die Chancen der digitalen Transformation. Für die SPÖ-Fraktion referierte AK-Expertin Mara Verlic zum Thema faire Teilhabechancen in Politik und Verwaltung. „Digitalisierung darf nicht dazu führen, dass Menschen ausgeschlossen werden. Fortschritt muss allen zugutekommen – unabhängig von Einkommen, Alter oder Wohnort“, betonte Fischer.

Reichensteuer ist fair

In der Aktuellen Stunde mit Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer zur Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreich stellte Fischer die Frage der Verteilungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt. „Wer von Vermögen und Krisengewinnen besonders profitiert, muss auch einen fairen Bei-

trag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Deshalb braucht Österreich endlich eine Reichensteuer“, forderte der SPÖ-Fraktionsvorsitzende.

Wohnen, Pflege, & mehr

Beschlossen wurden u.a. der Wohnkostenschirm, verlängerte Möglichkeiten für Public-Viewing-Veranstaltungen, strengere Kontrollen im Pflegebereich sowie Maßnahmen zum Bürokratieabbau bei Privatschulen. Zudem standen die Jahresberichte der Volksanwaltschaft auf der Tagesordnung. „Gerade bei Pflege, Wohnen und sozialer Absicherung zeigt sich, ob Politik bei den Menschen ankommt. Hier braucht es konsequente Verbesserungen statt bloßer Ankündigungen“, so Fischer.

Politik mit Gewissen

Außerdem stand die Präsentation des Buches „Heinz Fischer – Politik braucht ein

Gewissen“ von Bundespräsident a. D. Heinz Fischer auf dem Plan: „Gerade in einer Zeit großer Herausforderungen ist Politik mit Haltung, Anstand und Verantwortung wichtiger denn je“, so Fischer.



Vorsitzender der SPÖ Bundesratsfraktion
Christian Fischer



Bundesrätin
Amelie Muthsam



Bundesrat
Martin Peterl

DAS NEUESTE

... kurz und bündig



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN!
Daran arbeiten unsere Abgeordneten im Klub und Landtag



Uniklinik Wr. Neustadt EWIGER NEUBAU

Der aktuelle Rechnungshofbericht zum Neubau des Universitätsklinikums Wiener Neustadt sorgt weiter für politische Diskussionen. SPÖ-LAbg. und Vizebürgermeister Rainer Spenger sieht darin eine Bestätigung massiver Probleme beim größten Klinikprojekt des Landes. „Der Rechnungshofbericht bestätigt schwarz auf weiß massive Mängel beim Neubau des Universitätsklinikums Wiener Neustadt – von fehlender Planung bis hin zu unklaren Zuständigkeiten“, kritisiert Spenger. Gleichzeitig bedankt er sich ausdrücklich bei den Beschäftigten

im Klinikum: „Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten unter schwierigsten Bedingungen tagtäglich Herausragendes und halten das System am Laufen.“

Besonders scharf kritisiert Spenger die Kostenentwicklung. „Die ursprünglich veranschlagten 561 Millionen Euro sind mittlerweile auf rund 1,5 Milliarden Euro explodiert – und all das bei weniger Betten.“ Währenddessen werde der Baustart immer weiter verschoben. „Viele Menschen glauben längst nicht mehr daran, dass das neue Klinikum tatsächlich kommt“, so Spenger.

Bildungsreform ECHTE LOSUNGEN

Die Diskussion über eine mögliche Verlängerung der Volksschule auf sechs Jahre sorgt auch in Niederösterreich für Kritik. Die SPÖ NÖ fordert in der Debatte mehr Einbindung, konkrete Konzepte und ausreichend Ressourcen statt schneller Schlagzeilen.

„Die SPÖ steht klar für längeres gemeinsames Lernen. Eine Verlängerung der Volksschule auf sechs Jahre alleine kann aber nicht der Weisheit letzter Schluss sein“, erklärt SPÖ-Bildungssprecherin Kathrin Schindele. Reformen



dürften „nicht per Medienankündigung passieren, sondern brauchen die Einbindung aller Beteiligten“. Besonders kritisch sieht Schindele die fehlenden Rahmenbedingungen. „Es braucht konkrete Konzepte, ausreichend Personal und die notwendige Infrastruktur. Viele Schulen kämpfen schon jetzt mit Platzmangel und Lehrkräftemangel“, warnt die Landtagsabgeordnete.

Die SPÖ hält daher weiter am Ziel einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen fest. „Wer Bildungsreformen ernst meint, muss Antworten liefern – nicht nur Schlagzeilen produzieren“, so Schindele.



Richtige Richtung PFLEGE Bonus

Die Diskussion um den Pflegebonus in Niederösterreich geht weiter. Nachdem die SPÖ NÖ bereits die Absicherung des Pflegebonus gefordert hatte, ziehen nun auch ÖVP und FPÖ mit einem ähnlichen Antrag nach. SPÖ-LAbg. Rene Pfister begrüßt das grundsätzlich: „Pflegekräfte brauchen Verlässlichkeit und keine politischen Spielchen.“ Gerade wegen des Personalmangels dürfe es keine Unsicherheit geben. „Wer täglich Verantwortung für andere Menschen übernimmt, darf nicht zittern müssen, ob Teile des Einkommens gestrichen werden“, so Pfister.



NÖ-PLAN DANKESFEIER IN PURKERSDORF

Ins traditionsreiche Lokal „Nikodemus“ mitten in Purkersdorf lud der SPÖ NÖ-Landtagsklub alle ExpertInnen und MitarbeiterInnen, die am NÖ-Plan mitgearbeitet haben, zu einem gemütlichen Zusammentreffen ein. Nach Dankensworten von Sven Hergovich und Hannes Weninger wurde der Abend für Gedankenaustausch, neue Ideen und die Planung weiterer Arbeitsschritte genützt.



Heim erhalten! JZ DON BOSCO

Die Zukunft des Don-Bosco-Jugendzentrums in Amstetten sorgt weiter für politische Diskussionen. Nachdem das Thema zuletzt auch im NÖ Landtag behandelt wurde, fordert die SPÖ eine langfristige Absicherung der Finanzierung und warnt vor weiteren Kürzungen bei Jugendeinrichtungen.

„Ein Jugendzentrum mit 60 Jahren Geschichte darf nicht an gestrichenen Fördermitteln scheitern. Kinder und Jugendliche brauchen Orte wie Don Bosco – nicht weitere Kürzungen“, betont SPÖ-Bezirksvorsitzende Landtagsabgeordnete Kerstin Suchan-Mayr. Das Jugendzentrum ist seit Jahrzehnten ein wichtiger Treffpunkt für junge Men-

schen in der Region. „Hier finden Jugendliche Unterstützung, Gemeinschaft und einen Platz, an dem sie willkommen sind. Viele bekommen dort Hilfe bei Problemen oder einfach einen sicheren Raum zum Austausch“, so Suchan-Mayr.

Don Bosco ist Institution

Besonders unverständlich sei die Situation, weil Stadtgemeinde, Pfarre und zahlreiche Freiwillige weiterhin großen Einsatz leisten würden. „Während vor Ort alles getan wird, um das Heim zu erhalten, zieht sich das Land aus der Verantwortung zurück. Das ist der falsche Weg“, kritisiert sie. „Wer bei Jugendlichen spart, spart an der Zukunft unseres Landes“, so Suchan-Mayr abschließend.

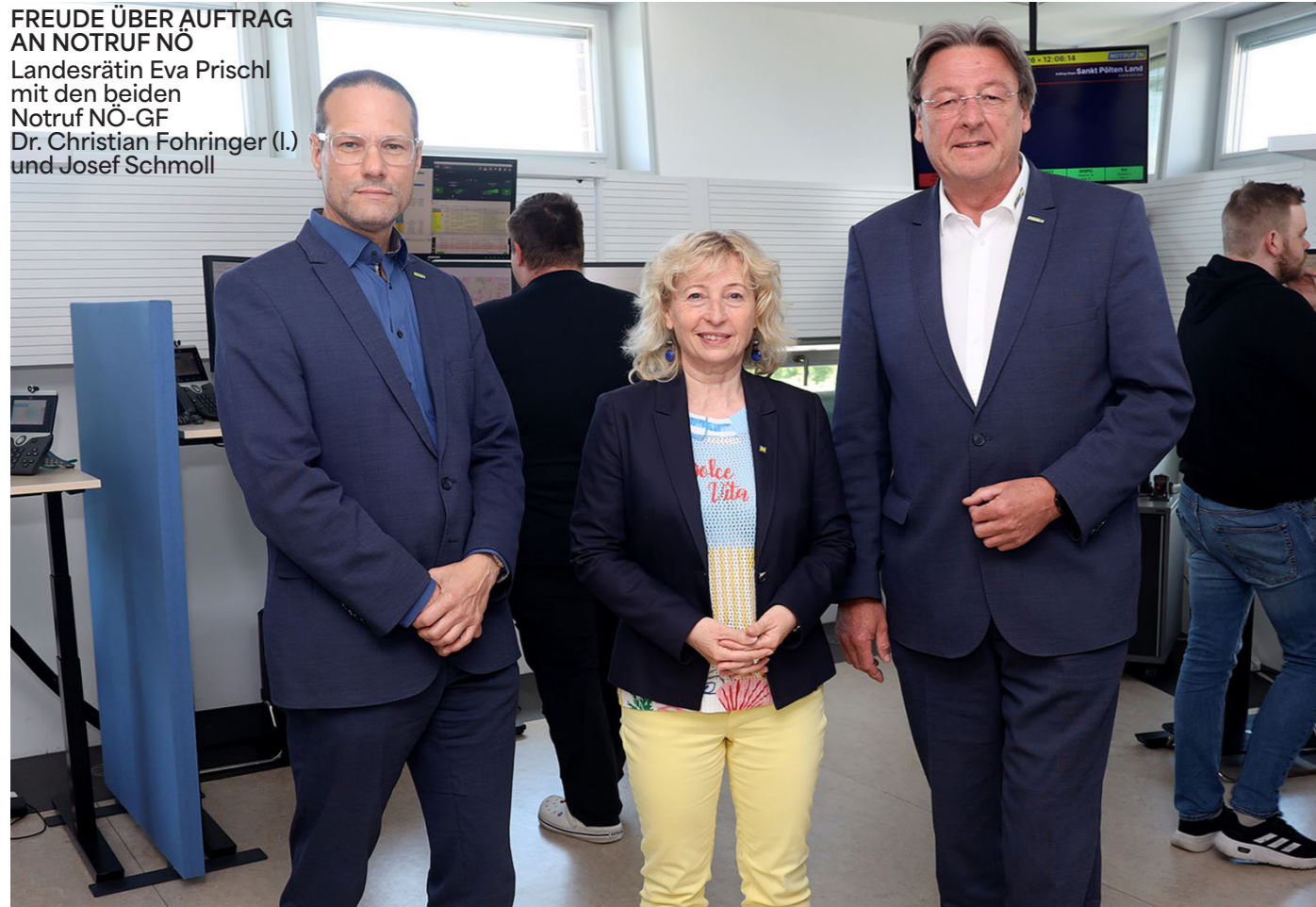
Gemeinsame Schule ja, aber zielgerichtet und mit Konzept

Für die SPÖ Niederösterreich bleibt die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen ein zentrales Ziel moderner Bildungspolitik. Gleichzeitig braucht es bessere Rahmenbedingungen für echte Inklusion – vor allem durch mehr sonderpädagogische Ausbildung für Lehrkräfte. Als positives Beispiel kann man Südtirol nennen: Vor einigen Wochen wurde uns in Südtirol gezeigt, wie gute Inklusion funktionieren kann.

Wichtig ist zu bedenken ist dass es auch flexible Lösungen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen geben muss – nicht alle Schülerinnen und Schüler können dauerhaft in großen Klassen unterrichtet werden. Unterstützung kann aber auch innerhalb einer Schule organisiert werden – etwa durch kleinere Gruppen oder zeitweisen Unterricht in Nebenräumen. Was aber nicht bedeutet, dass Kinder in einem eigenen Sonderschulgebäude unterrichtet werden müssen. Aber genau hier gilt es, gemeinsam nachhaltige Lösungen zu erarbeiten – und umzusetzen.



FREUDE ÜBER AUFTRAG AN NOTRUF NÖ
Landesrätin Eva Prischl mit den beiden Notruf NÖ-GF Dr. Christian Fohringer (l.) und Josef Schmoll



Notruf NÖ und Land NÖ schließen großen Servicevertrag ab

In der letzten Sitzung stellt die Landesregierung die gute Zusammenarbeit damit erstmals auf eine langfristige und klare vertragliche Grundlage

Das Land Niederösterreich stellt die Weichen für die Zukunft der niederösterreichischen Gesundheitsleitstelle: Erstmals wird der Betrieb von Notruf Niederösterreich durch einen langfristigen Servicevertrag abgesichert. Damit endet die bisherige Finanzierung über eine jährliche Abgangsdeckung - und es beginnt eine neue Phase der Planbarkeit und Stabilität für die zentrale Gesundheitsleitstelle des Landes.

„Ab Juni 2026 wird der Leitstellenbetrieb durch einen Servicevertrag zwischen dem Land Niederösterreich und Notruf Niederösterreich geregelt. Das schafft mehr Planungssicherheit für alle Beteiligten und

stärkt gleichzeitig die hohe Qualität des Leitstellenbetriebs“, betont Landesrätin Eva Prischl nach dem einstimmigen Beschluss der NÖ Landesregierung.

KOORDINATION IM GROSSEN STIL

Die Bedeutung von Notruf Niederösterreich geht dabei längst weit über die klassische Notrufannahme hinaus. Die Leitstelle koordiniert sämtliche Einsätze im niederösterreichischen Rettungswesen, organisiert Krankentransporte und steuert mit der Gesundheitsberatung 1450 sowie dem NÖ Ärztedienst 141 die Versorgung der Patientinnen und Patienten im ganzen Bundesland. „Als zentrale Gesundheitsleitstelle koordiniert Notruf Niederösterreich sämtliche Einsätze im niederösterreichischen Rettungswesen, gewährleistet eine rasche und effiziente Einsatzabwicklung und sichert die Patientensteuerung mit der Gesundheitsberatung 1450 sowie dem NÖ Ärztedienst 141“, so Prischl.

ZAHLEN LÜGEN NICHT

Dass dieses System zunehmend an Bedeutung gewinnt, zeigen auch die aktuellen Zahlen: Allein im Jahr 2025 verzeichnete Notruf Niederösterreich mehr als 1,68 Millionen Bürgerkontakte. Rund 1,3 Millionen davon erfolgten telefonisch. Gleichzeitig steigt die Zahl digitaler Kontaktaufnahmen deutlich an - etwa über Chatservices, elektronische Transportanmeldungen oder Schnittstellen zu anderen Leitstellen.

EXPERTISE UND ERFAHRUNG

Für Prischl ist klar, dass moderne Gesundheitsversorgung heute mehr denn je auf intelligente Steuerung angewiesen ist. „Seit mehr als 20 Jahren setzt das Land Niederösterreich auf die Expertise von Notruf Niederösterreich. Besonders hervorzuheben ist die international anerkannte Qualität der Leitstelle, die in dieser Zeit kontinuierlich

„Seit mehr als 20 Jahren setzt das Land Niederösterreich auf die Expertise von Notruf Niederösterreich. Mit diesem Schritt stellen wir diese Qualität langfristig sicher.“

weiterentwickelt wurde“, erklärt die Landesrätin.

LANGFRISTIGE ABSICHERUNG DER ZUSAMMENARBEIT

Die neue Vereinbarung soll deshalb nicht nur die Finanzierung absichern, sondern auch die hohe Qualität langfristig garantieren. Internationale Auszeichnungen und die laufende Weiterentwicklung der Systeme würden zeigen, dass Niederösterreich im Bereich der Notrufbearbeitung eine Vorreiterrolle einnimmt. „Zahlreiche weltweit renommierte Auszeichnungen unterstreichen den hohen Standard der Notrufbearbeitung und geben den Menschen in Niederösterreich die Sicherheit, im Ernstfall auf bestmögliche Hilfe vertrauen zu können“, betont die Landesrätin abschließend. Mit dem neuen Servicevertrag setzt das Land Niederösterreich damit ein klares Signal für Verlässlichkeit, moderne Gesundheitssteuerung und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge.

NOTRUF NIEDERÖSTERREICH:

- 5 Standorte in NÖ
- Telefon: 0800/144 100
- Web: notrufnoe.com
- Mail: info@notrufnoe.at





Im Porträt: Christian Samwald

Das alte Sprichwort „Mit einem Pöpes auf drei Kirtog“ trifft beim Landtagsabgeordneten, Bürgermeister von Ternitz, Obmann des Samariterbundes Ternitz-Pottschach - um nur einige seiner zahlreichen Funktionen zu nennen - Christian Samwald fast wörtlich zu.

„Langweilig wird mir definitiv nicht. Gleichzeitig hilft diese breite Tätigkeit aber enorm, weil man dadurch immer nahe bei den Menschen bleibt.“

Sami: Wer ist Christian Samwald?

Ich glaube, ich bin grundsätzlich ein sehr lebensfroher Mensch. Ich arbeite extrem gerne mit Leuten zusammen und mir macht auch das öffentliche Auftreten Spaß. Ich bin jemand, der gerne unter Menschen ist und der den direkten Austausch schätzt.

Wie bist du in die Politik gekommen?

Politik hat mich eigentlich mein ganzes Leben begleitet. Mein Vater war Bürgermeister und Nationalratsabgeordneter, dadurch war ich von klein auf mitten im politischen Geschehen dabei. Trotzdem war mein ursprünglicher Plan nicht, hauptberuflich Politiker zu werden. Mit 19 wurde ich dann gefragt, ob ich für den Gemeinderat kandidieren möchte. Ich bin eingezogen und war damals

Jugendgemeinderat. 26 Jahre später bin ich heute Bürgermeister von Ternitz und Landtagsabgeordneter.

Du bist Jurist und hast zahlreiche politische Funktionen. Wie sieht dein politischer Alltag aus?

Neben meiner Tätigkeit als Bürgermeister und Landtagsabgeordneter bin ich auch Bezirksparteivorsitzender und in vielen regionalen Organisationen aktiv – etwa beim Samariterbund, in der Leader-Region oder bei verschiedenen Gemeindeverbänden. Langweilig wird mir definitiv nicht. Gleichzeitig hilft diese breite Tätigkeit enorm, weil man dadurch immer nahe bei den Menschen bleibt.

Was sind deine politischen Herzensanliegen?

Mir geht es grundsätzlich darum, die Lebensumstände der Menschen zu verbessern. Besonders intensiv beschäftige ich mich mit Wohnen, Baurecht und kommunaler Entwicklung. Das ist ein Bereich, der mich sowohl beruflich als Jurist als auch politisch immer begleitet hat. Gerade leistbares Wohnen ist für viele Menschen eine der wichtigsten Fragen geworden.

Was unterscheidet - und verbindet - die Arbeit als Bürgermeister und die im Landtag?

Als Bürgermeister bist du der direkte Ansprechpartner für alles. Die Leute kommen mit allen Anliegen zu dir – und genau das macht die Funktion auch so besonders.

Gleichzeitig bringt die Verbindung zwischen Gemeinde und Landtag große Vorteile. Wenn man beide Ebenen kennt, kann man vieles leichter organisieren und schneller Lösungen finden.

Wenn denn eine bleibt - wie verbringst du deine Freizeit?

Momentan verbringe ich jede freie Minute am liebsten mit meiner Familie. Mein Sohn ist acht Jahre alt und freut sich natürlich, wenn der Papa Zeit hat. Wir spielen Fußball, fahren Rad oder unternehmen einfach etwas gemeinsam. Das ist für mich der wichtigste Ausgleich zum politischen Alltag.

Man kennt dich auch als großen Austria-Wien-Fan. Woher kommt das?

Das liegt eindeutig in der Familie. Mein Vater war schon Austria-Fan und diese Begeisterung wurde einfach weitergegeben – auch mein Sohn Valentin ist schon Austrianer durch und durch. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Was macht Niederösterreich für dich besonders?

Niederösterreich ist unglaublich vielfältig. Wir haben wunderschöne Landschaften, kulturelle Vielfalt und gleichzeitig starke Regionen mit großem Zusammenhalt. Besonders der Süden Niederösterreichs liegt mir natürlich sehr am Herzen. Ich finde, Niederösterreich verbindet Stadt und Land auf eine ganz besondere Art – und genau das macht unser Bundesland so lebenswert.



Wichtig ist dem politischen Tausend-sassa, neben seinem Beruf auch Zeit mit seiner Familie (l. mit Sohn Valentin) zu verbringen

